

# Sitzung des Gemeinderates

## - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 07.11.2024**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Felix Kinzinger		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Manuel Prieler Johannes Mecke Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Peter Scholler Philipp Schwarz Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser		

# **Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## **Vortrag - Beschluss**

---

Johann Zehetmair  
Stefan Zehetmair

Simone Spratter

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlt heute das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herr Schwarz nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

621      24      **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

622      24      **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

623	24	<b><u>Bestellung von Vertretern der Gemeinde in den Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH</u></b>
-----	----	---

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. 16 vom 14.05.2020 in Erinnerung – mit welchem die Mitglieder für den Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH vom Gemeinderat bestellt wurden.

Gemäß dem zuvor genannten Beschluss wird ein Gemeinderatsmitglied je Fraktion bestellt.

Das Gemeinderatsmitglied Johannes Mecke ist über die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in den Aufsichtsrat bestellt.

In der Sitzung vom 10.10.2024 haben Frau Gisela Fischer und Herr Johannes Mecke Ihren Austritt aus der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie die Bildung einer neuen Fraktion UFG im Gemeinderat mitgeteilt.

Aufgrund des Austritts und der Neubildung der Fraktion UFG wird Herr Johannes Mecke ab sofort für die Fraktion UFG im Aufsichtsrat der Geovol Unterföhring GmbH vertreten sein.

Die Geovol Unterföhring GmbH wird darüber in Kenntnis gesetzt.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

AZ 0241  
Hauptamt

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

24      **Jahresrechnung 2023**

AZ 9520  
Finanzen

624      24      **Jahresrechnung 2023**  
**Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im**  
**Rechnungsjahr 2023**

Der Erste Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juni 2024 zusammen mit der Jahresrechnung 2023 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2023 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2023 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, Stand 07.05.2024, wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

Gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung (GO) sind „überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beziehungsweise Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind (d. h. sachlich und zeitlich) und die Deckung gewährleistet ist.“ Als Deckungsmittel kommen in der Regel Minderausgaben, aber auch Mehreinnahmen bei einzelnen Haushaltsstellen in Betracht.

Aufgrund des Umfangs des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts sowie des vorhandenen Rücklagenbestands entsteht durch die Bereitstellung der Mittel kein erheblicher Fehlbetrag, und eine Gesamtdeckung ist gewährleistet.

Beschluss: 24 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2023 angefallenen und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt, und ihre Notwendigkeit wird anerkannt.

AZ 9520  
Finanzen

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## Vortrag - Beschluss

625 24 **Jahresrechnung 2023**  
**Feststellung der Jahresrechnung 2023**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss Nr. 580 vom 13.06.2024, durch den der Gemeinderat die Prüfung der Jahresrechnung 2023 angeordnet hat.

Des Weiteren stellt der Erste Bürgermeister fest, dass den Mitgliedern des Gemeinderats im Juni 2024 die Jahresrechnung 2023 überreicht wurde.

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Sabine Fister, gibt den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen aus den Aktenvormerkung vom 22.10.2024 bekannt. Die darin enthaltenen Empfehlungen des Prüfungsausschusses wurden zur Beachtung und Umsetzung an die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung weitergeleitet.

Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung kann der Gemeinderat die Jahresrechnung 2023 feststellen.

Der **Soll-Abschluss** für das Haushaltsjahr 2023 wird ebenfalls bekanntgegeben.

### **Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2023**

	<b>VWHH</b>	<b>VMHH</b>	<b>Gesamthaushalt</b>
<b><u>Soll-Einnahmen</u></b>	148.411.144,63 €	194.098.301,60 €	342.509.446,23 €
+ neue		0,00 €	0,00 €
Haushaltseinnahmereste		0,00 €	0,00 €
./. Abgang alter		0,00 €	0,00 €
Haushaltseinnahmereste		0,00 €	0,00 €
./. Abgang alter	307.848,02 €	0,00 €	307.848,02 €
Kasseneinnahmereste			
<b>Summe bereinigter</b>	<b>148.103.296,61 €</b>	<b>194.098.301,60 €</b>	<b>342.201.598,21 €</b>
<b>Solleinnahmen</b>			
<b><u>Soll-Ausgaben</u></b>	148.114.956,31 €	192.599.300,46 €	340.714.256,77 €
+ neue	0,00 €	1.500.773,87 €	1.500.773,87 €
Haushaltsausgabereste			
./. Abgang alter	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Haushaltsausgabereste			
./. Abgang alter	11.659,70 €	1.772,73 €	13.432,43 €
Kassenausgabereste			
<b>Summe bereinigter</b>	<b>148.103.296,61 €</b>	<b>194.098.301,60 €</b>	<b>342.201.598,21 €</b>
<b>Sollausgaben</b>			
Unterschied (Fehlbetrag)	0,00 €	0,00 €	0,00 €

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## Vortrag - Beschluss

### Im Ausgleich des Verwaltungshaushalts ist im Rechnungsergebnis enthalten:

	<u>Haushaltsansatz</u>	<u>Ergebnis</u>
Zuführung zum Vermögenshaushalt	26.803.100,00 €	43.592.139,26 €
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00 €	0,00 €

### Im Ausgleich des Vermögenshaushalts ist im Rechnungsergebnis enthalten:

	<u>Haushaltsansatz</u>	<u>Ergebnis</u>
Rücklagenzuführung insgesamt (vgl. Endstand Sachkonto 91000.9100)	0,00 €	144.942.220,27 €
Darin enthalten:		
Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV (Überschuss des VMHH)		74.913.955,65 €
Rücklagenentnahme insgesamt (vgl. Endstand Sachkonto 91000.3100)	58.608.700,00 €	150.031.091,77 €

### Vermögensübersicht 2023

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2023)	118.327.839,00 €
Und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV (Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	22.497.277 €
Stand der Schulden zum 31.12.2023	0,00 €
Stand der Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	219.968.469,73 €

### Rücklagenstand zur Jahresrechnung 2023:

Der Bestand der **Allgemeinen Rücklage** belief sich zu Jahresbeginn 2023 auf 204.940.205,11 €. Neben der Auflösung und Neuanlage von 55 Mio. € an Geldanlagen konnten im Laufe des Jahres 2023 zusätzlich 15.025.264,62 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden, sodass der Rücklagenbestand am 31.12.2023 exakt 219.968.469,73 € betrug.

Beschluss: 24 : 0

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt, und gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird die Jahresrechnung 2023 mit den im Sachverhalt enthaltenen Ergebnissen festgestellt.

AZ 9520  
Finanzen

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

626

24

### **Jahresrechnung 2023**

#### **Entlastung der Verwaltung gem. Art. 102 Abs. 3 GO**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Zweite Bürgermeister den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister persönlich betroffen ist. Er ist daher gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Der Zweite Bürgermeister erinnert an den Beschluss Nr. 580 vom 13.06.2024, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2023 zur Prüfung verwiesen hat.

Er stellt fest, dass den Mitgliedern des Gemeinderats im Juni 2024 die Jahresrechnung 2023 übergeben wurde.

Nachdem die Jahresrechnung 2023 aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt wurde, erfolgt die Entlastung der Verwaltung gemäß Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO:

Beschluss: 23 : 0

Die Entlastung der Verwaltung gem. Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO für das Jahr 2023 wird erteilt.

Der Erste Bürgermeister hat sich an dieser Abstimmung aufgrund persönlicher Beteiligung im Sinne des Art. 49 Abs. 1 GO nicht beteiligt.

AZ 9520

Finanzen

627

24

#### **Erllass einer Grundsteuerhebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2025**

Das Gemeinderatsmitglied Frau Fischer hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 10. April 2018 die bisherigen Regelungen zur Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber aufgefordert, eine Neuregelung bis zum 31.12.2019 vorzunehmen. Daraufhin beschloss der Bundestag eine Öffnungsklausel, die es den Ländern ermöglicht, eigene Gesetze zur Grundsteuer zu erlassen. Am



# **Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## **Vortrag - Beschluss**

---

01.01.2022 trat das Bayerische Grundsteuergesetz in Kraft. Ab dem 01.01.2025 muss die Grundsteuer nach den neuen Regelungen erhoben werden.

Die Berechnung der Grundsteuer basierte bisher auf veralteten Einheitswerten, die in den alten Bundesländern aus dem Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern aus dem Jahr 1935 stammen. Aufgrund der unterschiedlichen Wertentwicklungen in Ost- und Westdeutschland haben sich die tatsächlichen Immobilienwerte zunehmend von diesen Einheitswerten entkoppelt, was zu erheblichen Ungleichbehandlungen bei der steuerlichen Belastung führte. Die eigentlich vorgesehenen Hauptfeststellungen der Einheitswerte (nach § 21 Abs. 1 BewG alle sechs Jahre) wurden nicht durchgeführt.

Mit dem neuen Gesetz wird für Grundstücke in Bayern anstelle der Einheitsbewertung ein wertunabhängiges Flächenmodell eingeführt. Dabei werden die Grundstücks- und Gebäudeflächen mit festen Äquivalenzzahlen bewertet. Diese betragen für die Grundstücksfläche 0,04 Euro pro Quadratmeter und für Gebäudeflächen 0,50 € pro Quadratmeter. Für Wohnflächen wird ein Abschlag von 30 % gewährt, sodass effektiv 0,35 Euro pro Quadratmeter angesetzt werden. Darüber hinaus sind für den sozialen Wohnungsbau, Denkmäler und andere spezielle Fälle weitere Ermäßigungen vorgesehen. Auf die so ermittelte Bemessungsgrundlage wenden die Gemeinden ihren Hebesatz an.

Da die bisherigen Hebesätze mit Ende des aktuellen Hauptveranlagungszeitraums, d. h. zum 01.01.2025, automatisch ihre Geltung verlieren (vgl. § 25 Abs. 2 GrStG), sollte jede Gemeinde die ab dem 01.01.2025 gültigen neuen Hebesätze noch im Kalenderjahr 2024 festlegen. Auch in Unterföhring wurden die Hebesätze im Rahmen der Haushaltssatzungen festgesetzt und bekanntgemacht, was weiterhin grundsätzlich möglich ist. Allerdings kann eine sinnvolle Diskussion über die Höhe der neuen Hebesätze erst nach Kenntnis der neuen Grundsteuermessbeträge im jeweiligen Gemeindegebiet geführt werden. Da die Hebesätze aber noch vor dem 01.01.2025 bekanntgemacht werden müssen, wird dem Gemeinderat empfohlen, die Hebesätze durch eine separate Hebesatzsatzung und nicht mehr im Rahmen der Haushaltssatzung festzulegen. Unterföhring wird somit die endgültige Höhe der Grundsteuer im Jahr 2024 bestimmen und anschließend die Grundsteuerbescheide versenden. Ab 2025 wird die Grundsteuer dann nach dem neuen Recht erhoben.

Es war das erklärte politische Ziel der Bayerischen Staatsregierung, dass die ab 2025 wirksame Grundsteuerreform für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in jeder Kommune insgesamt aufkommensneutral erfolgt. Der Begriff der Aufkommensneutralität wird jedoch oft missverstanden.

# **Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## **Vortrag - Beschluss**

---

Aufkommensneutralität bedeutet nicht, dass die individuelle Grundsteuer eines jeden Grundstückseigentümers gleich hoch bleibt. Aufgrund der Verfassungswidrigkeit des alten Grundsteuersystems müssen individuelle Verschiebungen durch die Reform zwangsläufig erfolgen.

Aufkommensneutralität bedeutet lediglich, dass die Gemeinde nach Umsetzung der Reform ihr Grundsteueraufkommen insgesamt stabil hält – das heißt, dass die Einnahmen aus der Grundsteuer im Jahr 2025 ähnlich hoch sind wie in den Jahren vor der Reform. Sollte ein Haushaltsausgleich nur durch eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze möglich sein, bleibt eine Anhebung der Hebesätze weiterhin zulässig.

Zur Ermittlung der Summe der neuen Grundsteuermessbeträge hat das Bayerische Staatsministerium der Finanzen beim Statistischen Landesamt eine Abschätzung eines aufkommensneutralen Prognose-Intervalls für jede Kommune in Bayern in Auftrag gegeben. Grundlage hierfür sind die bis zum 31.03.2024 vom zuständigen Finanzamt festgestellten Grundsteuermessbeträge. Bei der Modellierung der zu erwartenden Messbeträge wurden die im bisherigen Recht bekannten Kategorien wie „Grundstücksart“, „Wohnungseigentum, Teileigentum“, „Erbbaurecht“, „Grundstücke auf fremden Grund und Boden“ sowie der Landkreis und die Größe der Gemeinden (basierend auf der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 31.12.2022) berücksichtigt. Für Unterföhring wurde eine Spannbreite des Messbetragsvolumens zwischen 817.400 € (Untergrenze) und 854.400 € (Obergrenze) ermittelt. Auf dieser Grundlage wurde eine Spannbreite für den neuen Hebesatz festgelegt, die zwischen 280 % (Untergrenze) und 295 % (Obergrenze) liegt, um die Aufkommensneutralität im Vergleich zum bisherigen Verfahren zu gewährleisten.

Nach Rücksprache mit der Bewertungsstelle des Finanzamts München, Abteilung III in Höchstädt an der Donau, wurden bisher 4.121 wirtschaftliche Einheiten in Unterföhring bewertet. Es gibt keine offenen, unbearbeiteten Erklärungen. Das Finanzamt hat 25 Schätzungen vorgenommen. Es besteht jedoch eine kleine Dunkelziffer an Steuererklärungen, die sich noch in der sogenannten maschinellen Vorverarbeitung befinden. Ob und wie viele Fälle aus Unterföhring darunter sind, kann derzeit nicht beantwortet werden. Es dürfte sich jedoch um eine sehr geringe Anzahl handeln, sodass etwa 99 % der wirtschaftlichen Einheiten bereits bearbeitet sein dürften.

Die neuen Grundsteuermessbeträge wurden der Gemeinde über das ELSTER-Transfer-System durch das Finanzamt zur Verfügung gestellt. Die Daten wurden in der Gemeinde Unterföhring sukzessive abgerufen und über die vorhandene Schnittstelle zunächst in das Testsystem des Finanzverfahrens CIP

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

kom eingespielt. Alle verfügbaren Daten wurden übernommen. Wie sich auch in anderen Kommunen gezeigt hat, fallen die Grundsteuermessbeträge durch die Grundsteuerreform in Summe oft niedriger aus als ursprünglich erwartet oder prognostiziert.

Die Steuerstelle der Gemeinde hat folgende Messbeträge ermittelt:

Jahr	2024	2025
Messbetrag	951.291,43 €	731.806,24 €
Grundsteuer (bei 250 v.H.)	2.378.228,57 €	1.829.515,53 €

Um eine aufkommensneutrale Grundsteuer zu erheben, wird dem Gremium empfohlen den Hebesatz von derzeit 250 v.H. auf nunmehr 320 v.H. festzusetzen.

Wie bereits in der bisherigen Satzung beschlossen, wird der Hebesatz für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) und die Grundsteuer B (sonstige Grundstücke) in gleicher Höhe festgesetzt.

Der Gemeinderat wird empfohlen die folgende Grundsteuerhebesatzsatzung zu beschließen, diese auszufertigen und alsbald öffentlich bekannt zu machen.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat beschließt folgende Grundsteuerhebesatzsatzung zu erlassen.

### **Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Gemeinde Unterföhring (Hebesatzsatzung) vom 07.11.2024**

Aufgrund des Art. 22 Abs. 2, Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.02.1998 ((GVBl. S 796), zuletzt geändert durch die §§ 2, 3 des Gesetzes vom 24.07.2023 (GVBl. S. 385, 586)) und Art. 18 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.04.1993 ((GVBl. 264), zuletzt geändert durch § 12 des Gesetzes vom 24.07.2023 (GVBl. S. 385)) in Verbindung mit § 25 Abs. 1 und 2 des Grundsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

07.08.1973 ((BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2294)) und Art. 5 des Bayerisches Grundsteuergesetzes vom 10.12.2021 ((GVBl. S. 638), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 21.04.2023 (GVBl. S. 128)) erlässt die Gemeinde Unterföhring folgende Satzung:

### **§ 1 Hebesätze**

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer A (für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe)  
320 v. H.
2. Grundsteuer B (für Grundstücke) 320 v. H.

### **§ 2 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

Andreas Kemmelmeyer  
Erster Bürgermeister

Die Satzung wird als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

AZ 9240  
Finanzen

## 628 24 **Musikschule Unterföhring e.V. - Genehmigung Haushaltsentwurf 2025**

Das Gemeinderatsmitglied Herr Schwarz hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

In der Gemeinderatssitzung am 08.12.2022 wurde das Gremium darüber informiert, dass die Musikschule Unterföhring e. V. rückwirkend zum 01.09.2022 in den Verband der Bayerischen Sing- und Musikschulen aufgenommen wurde. Ab diesem Zeitpunkt gelten die Bestimmungen der

## **Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

Satzung des Vereins Musikschule Unterföhring e. V. sowie die Regelungen des Vertrags zwischen der Gemeinde und der Musikschule.

Gemäß § 4 Absatz 6 des Vertrags ist der Verein verpflichtet, seinen jährlichen Haushaltsentwurf vor der Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium dem Gemeinderat Unterföhring vorzulegen und abzustimmen.

Mit E-Mail vom 09.10.2024 kam der Vorstand der Musikschule dieser Verpflichtung nach und legte den Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 vor.

Für das Jahr 2025 sind Gesamtausgaben in Höhe von 860.800,00 € veranschlagt (2024: 822.779,57 €). Die ermittelten Einnahmen, einschließlich des Staatszuschusses, belaufen sich auf 517.800,00 € (2024: 524.926,24 €). Somit verbleibt für die Gemeinde ein Defizit von 343.000,00 € (2024: 297.853,33 €), das gemäß § 4 Absatz 1 des Vertrags durch eine Zuwendung der Gemeinde auszugleichen ist. Diese Zuwendung soll gemäß § 4 Absatz 2 in Form von zwei Abschlagszahlungen erfolgen. Die erste Rate in Höhe von 171.500,00 € wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium am 01.02.2025, die zweite Rate in gleicher Höhe am 01.07.2025 fällig.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Haushaltsentwurf 2025 sowie der Auszahlung der beiden Abschlagszahlungen von je 171.500,00 € an die Musikschule Unterföhring e. V. zuzustimmen. Die genannten Haushaltsmittel sind in der Haushaltsplanung der Gemeinde Unterföhring für 2025 bereits berücksichtigt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat beschließt, dem Haushaltsentwurf 2025 sowie der Auszahlung der beiden Abschlagszahlungen von je 171.500,00 € an die Musikschule Unterföhring e. V. zuzustimmen. Die genannten Haushaltsmittel sind in der Haushaltsplanung der Gemeinde Unterföhring für 2025 bereits berücksichtigt.

AZ 3120  
Finanzen

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

24     **Mittagsverpflegung für Kindertageseinrichtungen und Schulen**

AZ 2032  
Hauptamt

629     24     **Mittagsverpflegung für Kindertageseinrichtungen und Schulen**  
**Künftige Preisgestaltung des Essensgeldes in den**  
**Kindertageseinrichtungen (Kindergarten; -krippe; Hort und**  
**Mittagsbetreuung)**

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. 614 vom 10.10.2024 in Erinnerung - mit welchem die jährliche Budgetvereinbarung der Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. für das Jahr 2025 beschlossen wurde.

In Ihrer Budgetvereinbarung stellt die AWO die Einnahmen den Ausgaben gegenüber und erhält von der Gemeinde Unterföhring den entstandenen Defizit erstattet.

Im AWO – Haushalt werden die Einnahmen durch das Essensgeld als Einnahmen angesetzt.

Jede Einrichtung hat neben Ihrer Benutzungssatzung eine Gebührensatzung welche durch die Gemeinde genehmigt wurde. Die Satzungen müssen grundsätzlich immer vom Gemeinderat beschlossen und genehmigt werden. Etwaige Änderungen müssen sodann ebenfalls durch den Gemeinderat beschlossen werden – damit diese dann in die Satzung eingearbeitet werden können.

In den zuvor genannten Gebührensatzungen werden die **Höhe der Verpflegungskosten** festgesetzt.

Das Verpflegungsgeld beträgt im Kindergarten derzeit monatlich 68,- €

Das Verpflegungsgeld beträgt in der Kinderkrippe derzeit monatlich 62,- €

Das Verpflegungsgeld beträgt im Kinderhort derzeit monatlich 70,- €

Das Verpflegungsgeld beträgt in der Mittagsbetreuung derzeit monatlich 70,-€ bei 5 Buchungstage pro Woche

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die letztmalige Anpassung der Verpflegungspauschale (Erhöhung um 6 Euro) ist mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 755 vom 12.07.2018 erfolgt.

Seitens der Verwaltung wurde bereits Mitte 2024 Kontakt mit der Fachstelle Kindertageseinrichtungen der AWO Bezirksverband Oberbayern aufgenommen um zu Erfragen – wie die Preisgestaltung aussehen muss, damit hier möglich kostendeckend gewirtschaftet werden kann.

Die Verpflegungskosten für die 5 Kinderhäuser und 2 Kindergärten (Hort und Mittagsbetreuung ausgenommen) betrugen im Jahr 2023 im Durchschnitt pro Kind ca. 86,- € (umgelegt auf 11 Monate). Eine Unterteilung nach Krippen und Kindergartenkinder ist in der Berechnung nicht möglich.

Wenn man diesen Betrag kostendeckend auf Krippen- und Kindergartenkinder umlegt, müsste man die Verpflegungspauschale im

Krippenbereich auf 83,- €  
und  
im Kindergartenbereich auf 89,-€

ansetzen.

In der vorgenannten Berechnung sind die Verbrauchswerte von 2023 zugrunde gelegt. Die gestiegenen Lebensmittelkosten im Jahr 2024 sind hier noch nicht berücksichtigt.

Wenn man die bisherigen Verpflegungskosten im Kindergarten von **68,- €** den kostendeckenden von **89,- €** gegenüber stellt – müsste man in der Satzung eine Erhöhung der Verpflegungskosten **von knapp 30 % vornehmen**.

Die Erhöhung der Verpflegungskosten in den Gebührensatzungen hätte zur Folge, dass das Defizit entsprechend kleiner wird und die Gemeinde hierdurch finanzielle Mittel einspart.

Grundsätzlich könnte man über eine Etappenweise Erhöhung der Verpflegungskosten nachdenken.

z.B.     zum 01.02.2025 Erhöhung um 15 %  
          zum neuen Kita Jahr 2025/2026 weitere Erhöhung um 15 %

Die mögliche prozentuale Erhöhung des Essensgelds soll auch analog für die Mittagsbetreuung und den Hort Anwendung finden.

Beschluss: 24 : 0

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Das Gremium spricht sich für eine stufenweise Erhöhung

15 % (Basiswert aktueller Preis siehe Sachvortrag) zum 01.02.2025.  
weitere 15 % (Basiswert aktueller Preis siehe Sachvortrag) zum 01.09.2025

der Verpflegungskosten für Mittagsbetreuung, Hort, Kindergarten und  
Kinderkrippe wie folgt aus:

Die Änderungen sollen in die Satzungen entsprechend eingearbeitet werden.

AZ 4233  
Hauptamt

630

24

#### **Mittagsverpflegung für Kindertageseinrichtungen und Schulen** **Erhöhung des Eigenanteils für die Mittagsverpflegung im Gymnasium**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. G789 vom 14.06.2018 in Erinnerung, mit welchem ein Mindesteigenbeitrag je Mittagessen in Höhe von EUR 4,00 sowie ein Zuschuss der Gemeinde mit einem Betrag von bis zu EUR 1,20 pro Essen und Tag festgelegt wurde.

Sind die Kosten des Mittagessens durch den Mindesteigenbetrag des Schülers zzgl. des max. Zuschussbetrags der Gemeinde nicht gedeckt, erhöht sich der Eigenbetrag des Schülers entsprechend.

Die Preisfestsetzung pro Essen ist vertraglich mit dem Caterer Katerine GmbH geregelt. Derzeit belaufen sich die Kosten auf EUR 6,20 (brutto) pro Mittagessen.

Aufgrund der anstehenden Ausschreibung des Caterers wurde sich dem Thema der Preisgestaltung intensiv angenommen.

Aktuell bezahlen die Erziehungsberechtigten am Gymnasium einen Eigenbeitrag von EUR 3,50 (brutto), demzufolge ergibt sich ein Zuschuss der Gemeinde von EUR 2,70 (brutto) pro Essen.

Eine Erhöhung des Eigenanteils der Eltern hat seit Beginn des Schulbetriebs des Gymnasiums nicht stattgefunden.

Im Schuljahr 2023/2024 (01.08.2023 – 31.07.2024) wurden 55.400 Essen am Gymnasium verkauft.



## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Von dieser Essensanzahl ausgehend, würde sich der Zuschuss für das Schuljahr 2024/2025 von der Gemeinde auf EUR 149.580,00 (brutto) belaufen.

[Gesamtzahl Essen 55.400 \* Zuschuss je Essen EUR 2,70 (brutto) = EUR 149.580,00 (brutto) Zuschuss pro Schuljahr durch die Gemeinde Unterföhring]

Tendenz steigend, da sich das Gymnasium noch immer im Aufbau befindet und die Schülerzahlen wachsen werden.

Die offene Ganztagschule ist seit dem Schuljahr 2020/2021 ein fester Bestandteil am Gymnasium Unterföhring.

Gem. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über Offene Ganztagsangebote an Schulen für Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 5 vom 30. März 2020 (BayMBI. Nr. 228) Art. 2 Abs. 1 Ziff. 2.1.2.2 Satz 1 müssen Schülerinnen und Schüler mindestens das Angebot einer täglichen Mittagsverpflegung an allen Tagen des Ganztagsschulbetriebs verbindlich erhalten.

Nachdem es sich hier um freiwillige Leistungen der Gemeinde handelt wurde zur Klärung der Rechtslage eine Anfrage an die Kommunalaufsicht des Landratsamtes München gestellt.

Nachstehend das Ergebnis der Stellungnahme vom Landratsamt München, Abteilung kommunale Angelegenheiten und Wahlen, staatliche Rechnungsprüfung vom 16.08.2024:

„Unter Berücksichtigung der vorhergehenden Darlegungen handelt es sich bei der Bezuschussung zur Mittagsverpflegung grundsätzlich um eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft. Die Bezuschussung des Mittagessens stellt jedoch keine Pflichtaufgabe der Gemeinde Unterföhring im Sinne der GO dar. Vielmehr handelt es sich um eine sonstige freiwillige Aufgabe der Gemeinde Unterföhring zum sozialen Wohl (preisgünstiges Mittagessen im Bereich Bildungswesens) der Einwohner (hier der Schülerinnen und Schüler) der Gemeinde Unterföhring. Eine Bezuschussung der Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler aus dem Gemeindegebiet Unterföhring spricht demnach den kommunal- und haushaltsrechtlichen Bestimmungen nicht entgegen.

Die Schülerinnen und Schüler der Nachbargemeinden (insbesondere jedoch der Landeshauptstadt München) stellen jedoch nach dem Wortlaut der GO und nach Ansicht der Fachliteratur keine Einwohner der Gemeinde Unterföhring dar. **Eine Bezuschussung des Mittagessens für Gemeinde-fremde als sonstige freiwillige Aufgabe dürfte dahingehend ausgeschlossen sein. Wir empfehlen - auch im Hinblick auf „die**

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

### **Bedürftigkeit und den Personenkreis" die grundsätzliche Überprüfung der Bezuschussung der Mittagsverpflegung."**

Die Stellungnahme des Landratsamtes München wurde den Mitgliedern des Gemeinderats im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der oben genannten Darlegungen des Landratsamt München sollte die Bezuschussung der Mittagsverpflegung am Gymnasium Unterföhring eingestellt werden. Die Verwaltung hat sich diesbezüglich bereits mit dem Elternbeirat des Gymnasiums Unterföhring ausgetauscht und diesen über einen möglichen Wegfall informiert.

Eine Kostenübernahme bzw. Bezuschussung der Mittagsverpflegung ist unter Erfüllung der Voraussetzungen durch das Landratsamt München (Bildung und Teilhabe), das Jobcenter oder die wirtschaftliche Jugendhilfe möglich.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium folgt dem Schreiben des Landratsamtes München vom 16.08.2024 und schafft die Bezuschussung des Mittagessens zum 31.01.2025 ab. Der Beschluss vom 14.06.2018, Nr. G789 wird in diesem Punkt aufgehoben.

AZ 21  
Hauptamt

631      24      **Erlass einer Änderungsverordnung zur Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss)**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Erlass der Baumschutzverordnung (BSchVO) der Gemeinde Unterföhring am 12.03.2009 und ruft die Ergänzungsbeschlüsse vom 18.05.2017, Nr. 576, sowie vom 10.01.2019, Nr. 834 des Gemeinderates und des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.9.2020, Nr. 5 in Erinnerung. Weiterhin wird auf die am 09.05.2019 durch den Gemeinderat beschlossene Änderungsverordnung (Beschlussnummer 888) sowie den Neuerlass der Baumschutzverordnung durch den Gemeinderat vom 08.10.2020, Nr. 84 hingewiesen.

Mit dem Ziel, den Baumbestand im Gemeindegebiet gesund zu erhalten, wurden und werden in berechtigten Fällen Fällungen mit der Auflage einer Ersatzpflanzung genehmigt. Zum Vollzug der Baumschutzverordnung wurde ergänzend die Anlage 1 veröffentlicht, welche eine Pflanzliste mit

## **Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

verschiedenen Bäumen enthält. Im Bescheid zur Fällung werden dem Antragsteller Vorgaben zur Anzahl der zu ersetzenden Bäume und die Art vom Baum, großkronig oder kleinkronig mitgeteilt. Welche Baumarten zur Nachpflanzung erlaubt sind, kann der Antragsteller der Pflanzliste aus Anlage 1 entnehmen (siehe Grafik 1).

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## Vortrag - Beschluss

Grafik 1: Pflanzliste für Ersatzpflanzung

### Pflanzliste für Ersatzpflanzung

**Beschaffenheit der zu pflanzende Baumschulware: Stammumfang mind. 18 – 20 cm in 1 m Höhe**

Ahorn in vers. Sorten	Acer spp.
Erle in vers. Sorten	Alnus spp.
Felsenbirne	Amelanchier spp.
Birke	Betula spp.
Hainbuche in vers. Sorten	Carpinus spp.
Trompetenbaum	Catalpa bignonioides
Europäischer Zürgelbaum	Celtis australis
Taubenbaum	Davidia involucrata var.
Rotbuche	Fagus sylvatica
Ginkgo in vers. Sorten	Ginkgo spp.
Gleditsie in vers. Sorten	Gleditsia spp.
Blasenbaum	Koelreuteria paniculata
Amberbaum in vers. Sorten	Liquidambar spp.
Tulpenbaum in vers. Sorten	Liriodendron spp.
Urweltmammutbaum	Metasequoia glyptostroboides
Hopfenbuche	Ostrya carpinifolia
Platane	Platanus acerifolia
Pappel in vers. Sorten	Populus spp.
Kirsche in vers. Sorten	Prunus spp.
Eichen in vers. Sorten	Quercus spp.
Robinie in vers. Sorten	Robinia spp.
Weiden	Salix spp.
Jap. Schnurbaum	Sophora japonicum
Mehlbeere in vers. Sorten	Sorbus spp.
Linde in vers. Sorten	Tilia spp.
Ulmen-Hypride	Ulmus x spp.
Jap. Zelkove	Zelkove spp.

Die in Grafik 1 aufgeführten Baumarten entsprechen teilweise den Arten, welche, der natürlichen Waldgesellschaft entsprechend, auf dem Gemeindegebiet vorkommen würden. Die Liste wurde nach Kriterien des Standorts zusammengestellt. Die besonderen Begebenheiten im urbanen Bereich blieben weitgehend unberücksichtigt. Die Auswahl ist ökologisch gesehen eine gute Grundlage, jedoch sollte die Liste zeitgemäße Ergänzungen erhalten, die aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigen. Durch eine Erweiterung des Artensortiments können Bäume gepflanzt werden, die den jetzigen abiotischen und biotischen Einflüssen besser standhalten können. Durch die stärkere Versiegelung der Flächen innerorts und den stetig zunehmenden Temperaturen, sowie den zunehmenden Wetterextremen sind andere Ansprüche an die Baumarten entstanden. Zudem mehren sich unvorhersehbare Einflüsse - wie Borkenkäfer, Asiatischer Laubholzbockkäfer oder Eschentriebsterben - stetig. Den genannten negativen Aspekten kann

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## Vortrag - Beschluss

durch eine breitere Palette von Baumarten bereits positiv entgegengesteuert werden. Es könnten ggf. krankheitsbedingte Totalausfälle, wie bei Esche und Ulme in den letzten Jahren zu beobachten war, eingedämmt werden. Die Baumartenauswahl sollte mit den urbanen Kriterien wie beispielsweise hoher Versiegelungsgrad, starke Sonneneinstrahlung, zunehmende Trockenheit und verstärkte Schadstoffimmissionen zurechtkommen. Die Gattungszahl soll erweitert werden um eine höhere Diversität unter den gemeindlichen Baumarten zu erreichen. Damit bildet sich auf lange Sicht ein stabilerer Baumbestand in der Gemeinde, der auch auf sich verändernde klimatische Bedingungen angepasst ist.

Hierzu sollte zukünftig für durchzuführende Ersatzpflanzungen seitens der Gemeinde und privater Hand zu wählen sein aus einer Sammlung von heimischen Baumarten und Arten nach der GALK-Liste (Listung der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz für Straßenbäume und Ergebnissen aus dem Projekt Stadtgrün 2021: neue Bäume braucht das Land, der Bayerischen Landesanstalt für Wein und Gartenbau). Diese Sammlung beinhaltet Arten, die auf unseren heimischen Böden Zukunft haben. Dadurch wird sich das Repertoire neben den typischen heimischen Baumarten um nicht heimische Baumarten erweitern.

Tabelle 1: Baumarten die herausgenommen worden sind

Birke	Betula ssp.
Trompetenbaum	Catalpa bignonioides
Europäischer Zürgelbaum	Celtis australis
Taubenbaum	Davidia involucrata var.
Blasenbaum	Koelreuteria paniculata
Tulpenbaum in vers. Sorten	Liriodendron spp
Urweltmammutbaum	Metasequoia glyptostroboides
Jap. Schnurbaum	Sophora japonicum
Jap. Zelkove	Zelkove spp.

Zusätzlich wurden für einigen Gattungen die Artenauswahl auf bestimmte Arten begrenzt.

Im Zuge der Aufnahme verschiedener Obstgehölze in die Ersatzpflanzungsliste muss der § 4 Ausnahmen Abs. 1 Nr. 1 der BSchVO erweitert werden. Folgende Arten werden mit aufgenommen:

- Trauben-Kirsche (Prunus padus)
- Kirsch-Pflaume (Prunus cerasifera)
- Felsenbirne (Amelanchier ssp.)

Damit ergibt sich folgende neue Formulierung: „(1) Von den Verboten dieser Verordnung bleiben ausgenommen: 1. Nadelbäume der Gattung Picea (Fichten)

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## Vortrag - Beschluss

sowie Obstgehölze, mit Ausnahme folgender Arten: Walnuss, Holzbirne, Holzapfel, Vogelkirsche, Holunder, Hasel, Trauben-Kirsche, Kirsch-Pflaume, Felsenbirnen in verschiedenen Arten."

Derzeit gibt es keine Kategorisierung der Bäume nach Wuchshöhe (siehe Grafik 1), dies sollte abgeändert werden. Eine Einteilung in die Wuchsklassen I bis III soll den Bürgern einen besseren Überblick geben, welche Höhe bei den Bäumen zu erwarten sind. Damit wären die Bäume in folgender Einteilung

Wuchsklasse I / 1. Ordnung	>20 m Wuchshöhe
Wuchsklasse II / 2. Ordnung	10 – 20 m Wuchshöhe
Wuchsklasse III / 3. Ordnung	<10 m Wuchshöhe

in der BSchVO und den Anlagen anzupassen.

Mit diesen Änderungen ergibt sich eine neue Pflanzliste in folgender Form:

Grafik 2: Wuchsklasse I inklusive neuer Baumarten

### Wuchsklasse I – Bäume über 20 m

Abies Alba	Weißtanne
Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Berg-Ahorn
Aesculus hippocastanu	Rosskastanie
Fagus sylvatica	Rot-Buche
Ginkgo biloba	Ginkgo
Gleditsia triacanthos	Gleditschie
Pinus nigra	Schwarzkiefer
Pinus sylvestris	Wald-Kiefer
Platanus acerifolia	Platane
Populus alba	Silber-Pappel
Populus tremula	Zitterpappel
Quercus cerris	Zerr-Eiche
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Quercus robur	Stiel-Eiche
Robinia pseudoacacia	Scheinakazie/ Robinie
Salix alba	Silberweide
Tilia cordata	Winter-Linde
Tilia platyphyllos	Sommer-Linde
Ulmus minor	Feld-Ulme

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

### Wuchsklasse II – Bäume unter 20 m

Acer campestre	Feldahorn
Alnus cordata	Herzblättrige Erle
Alnus incana	Grau-Erle
Alnus x spaethii Callier	Spaeths-Erle
Carpinus betulus	Hainbuche
Carpinus betulus 'Fastigiata'	Pyramiden/Säulen-Hainbuche
Corylus colurna	Baum-Hasel
Fraxinus ornus	Blumen-Esche
Liquidambar styracifus	Amberbaum
Ostrya carpinifolia	Hopfenbuche
Prunus avium	Vogelkirsche
Sorbus aria	Echte Mehlbeere
Sorbus aucuparia	Vogelbeere / Eberesche
Sorbus intermedia	Schwedische Mehlbeere
Sorbus torminalis	Elsbeere

### Wuchsklasse III – Bäume unter 10 m

Acer platanoides 'Globosum'	Kugel-Ahorn
Amelanchier spp.	Felsenbirne in verschiedenen Arten
Crataegus monogyna	Eingrifflicher Weißdorn
Malus sylvestris	Wild-Apfel
Prunus cerasifera	Kirsch-Pflaume
Prunus padus	Trauben-Kirsche
Pyrus pyraister	Holzbirne
Salix caprea	Sal-Weide

Ebenso können mit dieser Anpassung bei Ersatzpflanzungen Bäume mit gleichwertigem ökologischem Wert besser verlangt werden, da im Bescheid auf die entsprechende, nachzupflanzende Wuchsklasse verwiesen werden kann.

Für einen besseren Bürgerservice werden in der Zukunft die Baumarten mit passenden „Emoticons“ versehen um die Vorteile der jeweiligen Baumart darzustellen. Folgenden Symbole könnten hierbei genutzt werden:

Insekt: Baum ist eine Bienenweide/ ist Insektenfreundlich

Haus: Heimische Art

Obst: Baum bringt essbare Früchte hervor

Zusätzlich wird eine Legende die jeweiligen „Emoticons“ und deren Bedeutung erklären.

Eine Anpassung der Preise in der Anlage 2 „Kostenliste für Ausgleichszahlungen von Ersatzpflanzungen“ sollte in Betracht gezogen werden. Die angesetzten

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Preise für die Ersatzpflanzungen entsprechen nicht mehr der aktuellen Marktsituation und die Liste ist in ihrer Baumartenauswahl nicht mehr aktuell. Bei einer vereinzelter Prüfung der aktuellen Kosten pro Baumart wurde festgestellt, dass die Preise hierbei um 180 € bis 350 € gestiegen sind. Die Anpassung der Preise wird nach Abschluss der Marktanalyse stattfinden. Die neue Kostenliste soll für eine einheitliche Wirkung wie in der Anlage 1 nach den jeweiligen Wuchsklassen eingeteilt werden. Baumarten die nicht der Liste vertreten sind werden nach dem Durchschnittspreis der jeweiligen Wuchsklasse berechnet.

Zusätzlich zum Empfehlungsbeschluss des Umweltausschuss vom 19.09.2024 sollen für eine leichter verständliche und klarer formulierte Baumschutzverordnung außerdem die Paragraphen §5 Abs. 2 Nr. 3 und §6 Abs. 2 bis 4 im Wortlaut wie folgt angepasst werden:

§ 5 Abs. 2 Nr. 3 bisher: „3. [...] Eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt durch den bloßen Schattenwurf, bei durch Wurzeln verursachten Bodenunebenheiten oder bei Laubfall in die Dachrinne nicht vor.“

Neu: „3. [...] Eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt durch **das typische Verhalten eines Baumes wie** den bloßen Schattenwurf, bei durch Wurzeln verursachten Bodenunebenheiten oder bei **Laub- und Fruchtfall auf Privatgrundstücke, insbesondere** in die Dachrinne nicht vor.“

§ 6 Abs. 2 bisher: „(2) Insbesondere kann die Auflage erteilt werden, dass auf demselben Grundstück durch die Anpflanzung von Gehölzen für die eintretende Bestandsminderung ein angemessener Ersatz geleistet wird. Dabei können Standort, Mindestgrößen, Pflanzenart und Pflanzfristen näher bestimmt werden (siehe Pflanzliste Anlage 1). Wachsen die Ersatzpflanzungen nicht an, ist die Vornahme der Pflanzung zu wiederholen.“

Neu: „(2) Insbesondere kann die Auflage erteilt werden, dass auf demselben Grundstück durch die Anpflanzung von Gehölzen für die eintretende Bestandsminderung ein angemessener, **das heißt die Pflanzung von Gehölzen der gleichen Wuchsklasse**, Ersatz geleistet wird. Dabei können Standort, Mindestgrößen, Pflanzenart und Pflanzfristen näher bestimmt werden, **die in der Pflanzliste – Anlage 1 definiert sind**. Wachsen die Ersatzpflanzungen nicht an, ist die Vornahme der Pflanzung zu wiederholen, **wobei die resultierende Ersatzpflanzung direkt unter den Schutz der Baumschutzverordnung fällt.**“

§ 6 Abs. 3 bisher: „Werden entgegen den Verboten des § 3 geschützte Gehölze entfernt, zerstört, verändert oder in ihrem Weiterbestand beeinträchtigt, können angemessene Ersatzpflanzungen zum Ausgleich für die eingetretene Bestandsminderung angeordnet werden. Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten hier entsprechend.“



## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Neu: „Werden entgegen den Verboten des § 3 geschützte Gehölze entfernt, zerstört, verändert oder in ihrem Weiterbestand beeinträchtigt, können angemessene Ersatzpflanzungen zum Ausgleich für die eingetretene Bestandsminderung angeordnet werden. Abs. 2 **gilt** hier entsprechend.“

§ 6 Abs. 4 bisher: „Ist in den Fällen der Absätze 2 und 3 eine Ersatzpflanzung nicht möglich oder unzumutbar, kann eine Ausgleichszahlung gefordert werden. Die Höhe der Ausgleichszahlung errechnet sich nach den Kosten, die für eine angemessene Ersatzpflanzung auf öffentlichen Grünflächen erforderlich sind (siehe Kostenliste Anlage 2). Die Ausgleichszahlung ist zweckgebunden für die Neupflanzung von Gehölzen zu verwenden.“

Neu: „Ist in den Fällen der Absätze 2 und 3 eine Ersatzpflanzung nicht möglich oder unzumutbar, kann eine Ausgleichszahlung gefordert werden. Die Höhe der Ausgleichszahlung errechnet sich nach:

**1. Den Kosten, die für eine angemessene Ersatzpflanzung auf öffentlichen Grünflächen erforderlich sind, definiert durch § 6 Abs. 2 sowie der Aufstellung und Erläuterung auf der Kostenliste – Anlage 2 (Grundpreis) plus**

**2. 30 % des Grundpreises als Pflanz- und Pflegekosten.“**

Beschluss: 18 : 6

Der Gemeinderat schließt sich dem Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 19.09.2024 Nr. 91 wie folgt an:

1. Die Verwaltung wird beauftragt in Zukunft die angepasste Baumartenwahl nach Grafik 2 zukünftig für Ersatzpflanzungen anzuwenden. Mit dem Hinzufügen der Baumarten *Prunus padus*, *Prunus cerasifera* und *Amelanchier ssp.* in die Ersatzpflanzungsliste, sollen diese auch in den § 4 Ausnahmen Abs. 1 Nr. 1 der BSchVO mit aufgenommen werden.
2. Des Weiteren sollen die Bäume in der Anlage 1 der Baumschutzverordnung nach Wuchsklassen eingeteilt werden.
3. Eine Anpassung der Kostenliste für Ausgleichszahlungen von nicht erfolgten Ersatzpflanzungen (Anlage 2) soll vorgenommen werden.

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Die angepasste Baumschutzverordnung samt Anlagen tritt zum 01.12.2024 in Kraft.

Die Änderungsverordnung wird als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

AZ 173  
Bauamt

632

24

### **Antrag B90/ DIE GRÜNEN: "Antrag auf Prüfung der baulichen Trennung von Rad- und Fußverkehr in der Unterführung unter den Brücken über der Mitterfeldallee"**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag von B90/DIE GRÜNEN auf Prüfung der baulichen Trennung von Rad- und Fußverkehr in der Unterführung unter den Brücken über der Mitterfeldallee vom 27.09.2024, eingegangen bei der Gemeinde am 27.09.2024, mit folgendem Inhalt bekannt:

#### Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der baulichen Trennung von Rad- und Fußverkehr in der Unterführung unter den Brücken über die Mitterfeldallee zu prüfen.

Sollte eine bauliche Trennung nicht realisiert werden können, werden dem Gemeinderat Alternativen zur Besserung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden zur Entscheidung vorgelegt.

#### Begründung

*Im schulischen Verkehr kommt es vor allem zu Stoßzeiten in besagter Unterführung zu gefährlichen Situationen. Derzeit besteht ein gemeinsamer Rad- und Fußweg. Dieser Umstand führt dazu, dass sich die oft jungen Verkehrsteilnehmenden gegenseitig in die Quere kommen. Durch eine baulich getrennte Rad- und Fußverkehrsspur soll mehr Sicherheit an dieser Engstelle im Straßenverkehr gewährleistet werden.*

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Am 03.05.2022 fand eine eigene Verkehrsschau zum Thema Schulcampus in der Mitterfeldallee statt.

Der gemeinsame Geh- und Radweg in der Mitterfeldallee weist im Raum der Unterführung kaum mehr als drei Meter Breite auf. Ab einer Mindestbreite von 2,5m ist es innerorts überhaupt erst rechtlich möglich einen gemeinsamen Geh- und Radweg auszuweisen. Bei einer Breite unter 3,5 Metern darf auch

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

nach der Verwaltungsvorschrift der StVO kein getrennter Rad- und Gehweg eingerichtet werden.

Die Breite benutzungspflichtiger Radwege soll nach der VwV-StVO in der Regel durchgehend mindestens 1,50 m, möglichst jedoch 2,0 m betragen; bei für beide Fahrtrichtungen nutzbaren Radwegen (Zweirichtungsradweg), der an dieser Stelle notwendig wäre, sind es mindestens 2,0 m, möglichst 2,4 m. Würde ein Zweirichtungsradweg ausgewiesen werden, so könnte das Mindestmaß für Fußgänger (1,5 m) nicht eingehalten werden. Eine Verbreiterung des Weges ist an dieser Stelle technisch somit nicht möglich.

Nach der Schulverkehrsschau hat die Gemeinde eine Bodenmarkierung „Achtung Fußgänger“ angebracht. Damit soll vorrangig der Radfahrer dazu ermahnt werden, besondere Rücksicht auf Fußgänger zu nehmen.

Die Polizeiinspektion Ismaning wurde um eine Stellungnahme gebeten. Diese ging wie folgt am 07.10.24 bei der Gemeinde Unterföhring per Mail ein:

*„Durch die PI 26 wurde eine Unfallauswertung für die besagte Örtlichkeit durchgeführt. Im Zeitraum von, 07.10.2021 – 07.10.2024, ereignete sich dort kein Verkehrsunfall.*

*Wie bereits durch die Gemeinde Unterföhring angegeben, ist eine bauliche Trennung aufgrund der zu geringen Breite des gemeinsamen Geh- und Radweges nicht möglich.*

*Beschwerdefälle sind bis dato bei der PI 26 nicht eingegangen.*

*Laut Begründung im Antrag, handelt es sich hauptsächlich um „junge Verkehrsteilnehmer, die sich gegenseitig in die Quere kommen“.*

*Es darf auch hier auf den § 1 StVO verwiesen werden.*

*(1) Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.*

*(2) Wer am Verkehr teilnimmt hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.*

*Aus Sicht der PI 26 liegt keine Gefahrenstelle vor. Der Streckenabschnitt ist ziemlich gerade, somit auch übersichtlich und es liegt ein geringes Gefälle bzw. Steigung vor.*

*Eine generelle Definition für eine Gefahrenstelle gibt es nicht. Es darf hier u.a. auf die StVO - Aufstellung und Ausführung von Gefahrenzeichen verwiesen werden.“*

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Antrag von B90/DIE GRÜNEN wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 23 : 1

Der Gemeinderat nimmt den Antrag vom 27.09.2024 von B90/DIE GRÜNEN sowie die Erläuterungen der Verwaltung und die Stellungnahme der Polizeiinspektion Ismaning vom 07.10.2024 zur Kenntnis.

Da eine bauliche Trennung in einen getrennten Geh- und Radweg im Bereich der Unterführung unter den Brücken über der Mitterfeldallee technisch nicht realisierbar ist, folgt das Gremium der Empfehlung der Verwaltung und spricht sich dafür aus, den Antrag nicht weiterzuverfolgen.

AZ 6316  
Bauamt

633

24

#### **Inklusionspreis Unterföhring; Anpassung der Bewerbungs- und Vergaberichtlinien**

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. 485 vom 12.10.2023 in Erinnerung – mit welchem die Richtlinien über die Verleihung des Inklusionspreises der Gemeinde Unterföhring beschlossen wurde.

Bei der erstmaligen Verleihung des Inklusionspreises im Jahr 2024 und der dabei stattfindenden Jurysitzung ergingen aus der Jury sowie der Gemeindeverwaltung einige Verbesserungsvorschläge hervor.

Die Änderungs- und Verbesserungswünsche wurden durch das Sachgebiet 1.3 Familie Bildung und Soziales gesammelt und in einem neuen Entwurf (Stand Oktober 2024) der Richtlinien über die Verleihung des Inklusionspreises der Gemeinde Unterföhring eingearbeitet.

(Die Änderungen und Ergänzungen sind farblich im Entwurf gelb hinterlegt.)  
(Die Begründungen wurden im Kommentarfeld abgedruckt)

Es handelt sich um folgende Änderungen:

- Nr. 1.2 Änderung des Vergaberhythmus
- Nr. 4.3 Aufteilung des Preisgeldes bei lediglich ein oder zwei belegten Platzierungen
- Nr. 4.4 Nur die Erstplatzierten sollen das Logo des Inklusionspreises nutzen dürfen

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

- Nr. 7.3 Anpassung der Bewertungsmatrix insbesondere Punktevergabe der Jurymitglieder
- Nr. 8.1 Rahmenbedingung der Verleihung des Inklusionspreises sollen angepasst werden

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung der Jury sowie der Verwaltung und beschließt den Neuerlass der Richtlinien über die Verleihung des Inklusionspreises der Gemeinde Unterföhring mit den oben genannten Änderungen / Ergänzungen laut Entwurfsstand vom 22.10.2024.

Die Richtlinie wird als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

AZ 4061  
Hauptamt

634

24

### **1. Änderung des Flächennutzungsplans Unterföhring - Teil A Windkraft: aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates Nr. 474 vom 14.09.2023 zur Kenntnis:

„Das Gremium nimmt die eingegangenen Stellungnahmen, die Ausführungen des Büros Team 4 Bauernschmitt Wehner Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbH, Nürnberg, vom 01.09.2023, sowie die juristische Einschätzung der Rechtsanwältin Frau Katharina Bader i.Z.m. Rechtsanwalt Herrn Dr. Bernd Wust vom 23.08.2023 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für das vorliegende Gebiet zu beauftragen. Die Ergebnisse sind dann dem Gemeinderat vorzulegen.“

Auf Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses vom 14.09.2023 wurde die Firma PAN Planungsbüro für angewandten Naturschutz GmbH, München, mit der Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung beauftragt. Die Ergebnisse der FFH-Verträglichkeitsprüfung (Stand 21.08.2024) sind am 23.08.2024 per E-Mail bei der Gemeinde Unterföhring eingegangen.

Die FFH-Verträglichkeitsprüfung, Stand 21.08.2024, wurden dem Gremium gestellt.

Die durchgeführte Untersuchung hat sich mit der vorgeschlagenen Konzentrationszone für Windenergieanlagen (WEA) im östlichen

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Gemeindegebiet der Gemeinde Unterföhring befasst. Die Gesamtfläche des Gebiets beträgt etwa 70,7 Hektar und befindet sich 891m vom SPA (Special Protection Area) „Ismaninger Speichersee und Fischteiche“ und 1.900 m vom FFH-Gebiet „NSG südlich der Ismaninger Fischteiche“ entfernt. Im Rahmen des Gutachtens zu diesen Natura 2000-Gebieten konnten zwar erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes, nicht aber des Vogelschutzgebietes ausschließen. Sowohl Brutvögel als auch Zug- und Rastvögel wurden hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen durch das Vorhaben untersucht.

Für die im SPA-Gebiet brütenden und im Rahmen des Gutachtens näher untersuchten Arten sind keine erheblichen Beeinträchtigungen durch das Vorhaben absehbar. Bezüglich der im Rahmen des Gutachtens näher untersuchten Zug- und Rastvögel sind dagegen erhebliche Beeinträchtigungen durch das Vorhaben wahrscheinlich. Bezug wird auf jene Arten genommen, die das Internationale, Nationale oder Landesweite Kriterium erfüllen sowie starke Zugbewegungen in Richtung der geplanten WEA aufweisen und in windkraftrelevanten Höhen fliegen. Zu diesen Arten gehören Kolbenente, Reiherente, Moorente, Trauerseeschwalbe, Schnatterente, Prachtttaucher, Blässhuhn, Krickente, Pfeifente, Höckerschwan, Silberreiher, Haubentaucher, Knäkente, Löffelente, Schwarzhalstaucher, Tafelente, Zwergtaucher, Bruchwasserläufer, Flusssuferläufer und Kampfläufer.

Die FFH Verträglichkeitsprüfung zeigt auf, dass die Ausweisung der Potenzialfläche als Konzentrationszone WEA mit einem kleinsten Abstand von 891m zur Schutzgebietsgrenze, mit dem Schutzzweck bzw. den Erhaltungszielen des SPA "Ismaninger Speichersee und Fischteiche", nicht verträglich ist. Um mögliche Beeinträchtigungen zu minimieren, müsste die Einhaltung eines Mindestabstands von 3.000 Metern zur Gebietsgrenze des SPA-Gebiets gewährleistet sein.

Im Rahmen der Auslegung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft wurden seitens der Regierung von Oberbayern - Landes- und Regionalplanung mit Höherer Naturschutzbehörde mit Schreiben vom 15.06.2023, des Landratsamtes München - Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten mit Schreiben vom 06.06.2023, der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH mit Schreiben vom 31.05.2023, der Ramsar-Arbeitsgruppe Ismaninger Teichgebiet der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern e.V. mit Schreiben vom 09.02.2023 und des Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. mit Schreiben vom 06.06.2023, erhebliche Einwände vorgebracht. Das Büro Team 4 Bauernschmitt Wehner Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbH, Nürnberg, teilte daraufhin am 01.09.2023 mit, dass die vorgebrachten Einwände der Naturschutzbehörden und -verbände bzgl. des Ramsar- und

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Natura2000-Gebiets „Ismaninger Speichersee und Fischteiche“ bzgl. des Artenschutzes erheblich und ohne eine FFH-/SPA-Verträglichkeitsprüfung nicht abwägbare sind.

### Weiteres Vorgehen:

Aufgrund des Ergebnisses der FFH-Verträglichkeitsprüfung bleiben die vorgebrachten Einwände der Träger öffentlicher Belange unabwägbare. Das Verfahren zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft ist somit einzustellen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Stand zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft, sowie das Ergebnis der FFH-Verträglichkeitsprüfung (Stand 21.08.2024) zur Kenntnis und beschließt das Verfahren zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft einzustellen.

AZ 6100

Bauamt

635      24      **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024

Hauptamt

635      24      **Bekanntgaben / Anfragen**  
**BEK 11/2024; Senioren Info Telefon - aktueller Sachstand**

Das Senioren Info Telefon startete am 1. Juli 2024. Von Mittwoch bis Donnerstag, jeweils 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, steht Claudia Röder den Unterföhringer Seniorinnen und Senioren mit Rat und viel Einfühlungsvermögen zur Verfügung. Frau Röder ist telefonisch unter 089 / 950 81 – 728, persönlich im Feringahaus (St.-Florian-Str. 2) oder per Mail unter [senioreninfotelefon@unterfoehring.de](mailto:senioreninfotelefon@unterfoehring.de) zu erreichen. Die Bürgerinnen und Bürger ab 60 finden hier Hilfe und Vermittlung an Fachstellen. Fragen zur Rente, Wohnen in Unterföhring, benötigte Dienstleistungen, Pflege, Hilfen, Begleit- und Besuchsdienste, Beratungsvermittlung, Demenz- und Freizeitangebote und vieles mehr werden an dieser Stelle beantwortet. Frau

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Röder vermittelt an Fachstellen sowie helfende Vereine und Institutionen. Die Unterstützung ist kostenfrei und unterliegt der Schweigepflicht. Das Senioren Info Telefon wird zunehmend bekannter. In den letzten 3 Monaten gab es 70 Anfragen, welche persönlich oder telefonisch bearbeitet wurden. Es rufen immer mehr Hilfesuchende an. Die meisten Anfragen umfassen mobile Fußpflege, Suche von Hilfen im Haushalt, Hilfe bei Transporten wie z. B. Fahrten zum Wertstoffhof, Hilfe bei Handy und PC, sowie Anfragen bezüglich der Pflege sowie Suche nach Ärzten. Die Bewerbung dieses neuen Services erfolgt aktiv bei Ausflügen des Feringahauses sowie regelmäßig im Gemeindeblatt im Bereich der Seniorenbegegnungsstätte. Weiterhin werden Vereine, Ärzte, Apotheken und Friseure von Frau Röder besucht um das Angebot bekannt zu machen. Alle Senioren die im Kalenderjahr 60 werden, erhalten einen Infobrief. Dieser Infobrief verweist die Neuseniorinnen und Neuseniorinnen auf das Angebot des Senioren Info Telefons als auch das Programm der Seniorenbegegnungsstätte und das Spektrum des Beratungszentrums. Eine Erinnerung an die gemeindlichen Angebote erfolgt für alle Bürgerinnen und Bürger, die im Kalenderjahr 70 werden mit dem Zusatz des großzügigen Weihnachtsgeldes.

AZ 481  
Hauptamt

635

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 11/2024: Zuschuss zum 10-jährigen Vereinsjubiläum an den Verein "Baum der Hoffnung e. V."**

Mit Schreiben vom 05.10.2024 hat der Verein „Baum der Hoffnung e. V.“ einen Zuschuss in Höhe von 250,00 € anlässlich der Feier seines 10-jährigen Bestehens beantragt. Dieser Zuschuss entspricht der Höhe der bisher für Jubiläen anderer Vereine gewährten Zuschüsse.

Der Erste Bürgermeister, Herr Andreas Kemmelmeier, informiert darüber, dass er dem Verein gemäß § 10 Punkt 2.f) der Gemeindeordnung einen Zuschuss in Höhe von 250,00 € zugesagt hat.

AZ 1340  
Finanzen



# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

635

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 11/2024: Veräußerung Klärschlammlogistik und -entsorgung**

Der Erste Bürgermeister gibt das Schreiben der Bayernwerke vom 10.10.2024 bekannt.

Die Klärschlamm Entsorgung, die bisher immer von den Bayernwerken selber durchgeführt wurde, wird ab dem 01.01.2025 durch die Firma Remondis Aqua Stoffstrom GmbH & Co. KG übernommen.

Zu vertraglichen, oder preislichen Anpassungen wurden keine Angaben gemacht, daher kann hierüber noch keine Auskunft gegeben werden.

AZ 6323

Bauamt

635

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Frau Diané; Dank für Errichtung Kreislaufschranks**

Frau Diané bedankt sich für die Errichtung des Kreislaufschranks auf dem Vorplatz der VHS.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium in diesem Zuge mit, dass im Dezember noch eine kleine Eröffnungsfeier stattfinden wird.

AZ 0241

Hauptamt

635

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Herr Scholler; Bauvorhaben St. Florian Straße 9 - Baugenehmigung**

Herr Scholler erkundigt sich, ob für das Bauvorhaben in der St. Florian Straße 9 eine Baugenehmigung bzw. Abrissgenehmigung vorliegt.

Frau Obermeier (Leitung Hauptamt) wird sich dem Thema annehmen und eine entsprechende Rückantwort an das Gremium versenden.

AZ 0241

Hauptamt

635

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Frau Schödl; Spielplatz Aschheimer Straße**

Frau Schödl fragt nach, warum am Aschheimer Spielplatz die Seilbahn mit dem Korb nicht einwandfrei funktioniert. Frau Obermeier (Leitung Bauamt) wird dies

# Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

mit dem Bauhof durchsprechen und Frau Schödl eine Rückantwort zukommen lassen.

AZ 0241  
Hauptamt

635

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Herr Guist; Baustelle Münchner Straße Höhe neues Feuerwehrhaus**

Herr Guist fragt an – welche Baumaßnahmen gerade auf der Münchner Straße Höhe neue Feuerwehr vorgenommen werden.

Frau Obermeier (Leitung Bauamt) teilt dem Gremium mit, dass dies Kanalarbeiten zur Entwässerung sind. Die Arbeiten werden zeitnah abgeschlossen, sodass die Straße wieder ohne Einschränkungen nutzbar ist.

AZ 0241  
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter\*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 20:45 Uhr.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Felix Kinzinger  
Schriftführer